

Jürgen Trittin

Weg vom Öl: Schlüssel für Energiesicherheit

Wie Klimaschützer und Sicherheitsfalken zusammen kommen können¹

Einführungsrede zu: *Is there a common transatlantic approach to secure energy resources? Energy availability vs. environmental protection, moral concern vs. business interests – what takes precedence? How far can we go to maintain our standard of living?*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn von gemeinsamen Werte oder gemeinsamen Interessen zwischen den USA und Deutschland die Rede ist, dann sind viele geneigt die Werte für etwas Bedeutsameres anzusehen als schnöde Interessen. **Ich rate dazu, sich von dieser Sicht zu verabschieden.**

Wenn wir von Energiesicherheit sprechen, zeigt sich, dass **gemeinsame Interessen** auch bei unterschiedlichen Wertvorstellungen **zu einer Konvergenz** kommen können. Es gibt dafür verblüffende Befunde – und vor allem davon soll heute die Rede sein.

¹ ACHTUNG FÜR ÜBERSETZUNG: Klimaschützer = Environmentalist, Sicherheitsfalken = Security-Hawks

Umgekehrt zeigt der Irakkrieg, dass eine aufs Militärische reduziertes Verständnis von Energiepolitik – Stichwort *Wie kam unser Öl unter deren Sand* – in einer Sackgasse landen kann, die zu einem **Weniger an Versorgungssicherheit** führt.

„Man hätte die Milliarden statt in den Irakkrieg in Energieforschung und Spartechnologien investieren sollen, in energieeffiziente Häuser und Geräte. Dann wäre Amerika unabhängiger vom Öl und damit sicherer. Bush hat das Gegenteil erreicht, er hat mit dem Krieg alles noch viel gefährlicher gemacht.“ (Al Gore in der FAZ vom 13.10.06)

Süchtig nach Öl

Die verblüffendste Gemeinsamkeit zwischen den USA und Deutschland findet sich in der letzten *state of the union* Rede des amerikanischen Präsidenten. Sein Vater, der erste Präsident *Bush* machte sich in Europa in der Klimadebatte mit dem Satz unbeliebt: **„the American life style is indisputable“**.

George W. Bush muss sich heute mit der Tatsache auseinandersetzen, dass sich dieser Lebensstil globalisiert. Fünf Milliarden Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern streben danach. Mit dramatischen Konsequenzen für die Nachfrage nach Rohstoffen und besonders nach Energie. Diese werden teurer. Dies schränkt die Handlungsfähigkeit gerade der USA in einem nicht gekannt Maße ein.

Was bei George W. Bush zu einer Erkenntnis führte: „**Wir sind süchtig nach Öl**“². Es gelte diese Sucht zu überwinden. Oder wie wir Grünen zu sagen pflegen:

Wir müssen weg vom Öl. Eine Strategie weg vom Öl ist die Voraussetzung für Energiesicherheit.

Meine These ist, dass die überwölbende Interessenlage *Weg vom Öl* in der Energiepolitik die Brücke zwischen zwei völlig gegensätzlichen politischen Konsensen diesseits und jenseits des Atlantik sein kann:

Dem geradezu einmütigen **Pro-Kyoto-Konsens in Deutschland** (und Europa) und dem kaum minder einmütigen **Anti-Kyoto-Konsens im Kongress der USA**.

Ich möchte im Folgenden der Frage nachgehen, wie europäische Klimaschützer und US-Sicherheitsfalken zusammen kommen können.

Zwei Globale Risiken

Wir haben es mit **zwei globalen Risiken** zu tun.

↪ **Klimawandel**

↪ **Rohstoffverteuerung**

Beide Risiken sind eng mit einander verflochten. Sie werden nur, sie sind nur miteinander zu lösen.

² ÜBERSETZUNG VON: We are addicted to oil

Klimawandel unterschätzt

Dieser Tage kommt *Al Gores* Film *Eine unbequeme Wahrheit* auch in Deutschland in die Kinos. Dieser Film ist ebenso populär gemacht, wie wissenschaftlich präzise.

Die prognostizierten Energieszenarien für die Welt wird das Ökosystem Erde nicht verkraften können. Heute wissen wir, dass die globalen Folgen des vorherrschenden Energiesystems **dramatischer** sind als **noch vor zehn Jahren angenommen**. Der **Klimawandel hat sich beschleunigt**.

- ↪ Die mittlere globale Temperatur ist seit 1861 um 0,7°C, **in Europa sogar um 0,95°C angestiegen**.
- ↪ Ein **Rückgang des arktischen Eises um 40%**. Der Salzgehalt der Polarmeere ist seit den 50er Jahren deutlich gesunken – die Meeresspiegel um 10 bis 20 cm gestiegen.
- ↪ Zunahme Extremwetterereignissen. Heute schon verzeichnet die Versicherungswirtschaft **jährlich Klimaschäden von mehr als 50 Mrd. US \$**, dass entspricht aktuell 75% der jährlichen weltweiten Entwicklungshilfe

Wir müssen die globalen Anstrengungen, baldmöglichst den Klimawandel zu verlangsamen, steigern. **Global dürfen die Temperaturen nicht über 2°C gegenüber vorindustriellen Zeiten** steigen, so eine von Klimaforschern geteilte Erkenntnis. Und wir haben hierfür nicht beliebig Zeit.

Wir müssen innerhalb der nächsten 10 Jahre umsteuern.

Die Industrieländer müssen hierzu besonders aktiv werden. Sie sind **für 80 %** des menschlich verursachten **CO2 in der Atmosphäre** verantwortlich.

Energiesicherheit ist eine Frage globaler Gerechtigkeit

Energiefragen sind eine elementare Frage **globaler Gerechtigkeit**.

Der Zugang zu Energie ist entscheidend für jede wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist damit, neben dem Zugang zu sauberem Wasser, die **Schlüsselfrage für die Verbesserung der Lebensumstände in Entwicklungsländern**.

Heute noch fällt 70 Prozent des Weltenergieverbrauchs auf die Industrieländer. Vor zwanzig Jahren waren es noch 80 % - bei niedrigerem Gesamtverbrauch. Doch **unser Konsum- und Produktionsmodell globalisiert sich**. Es steht zu erwarten, dass sich mehr als zwei Drittel des zukünftigen Wachstums in Entwicklungs- und Schwellenländern vollziehen wird.

Ein Großteil dieses Wachstums ist mit der Sicherung der Grundbedürfnisse verbunden.

↳ **Mehr als die Hälfte** aller Menschen in Entwicklungsländern haben **keinen Zugang zu moderner Energie**.

↳ **1,6 Milliarden Menschen** haben **keinen Zugang zu Elektrizität**.

Die *Freiheit von Not*, die *Freiheit von Furcht*, die *Freiheit in Würde zu leben* (so *Kofi Annan* im UN-MILLENIUMSBERICHT) , dies sind die drei Grundvoraussetzungen, die verwirklicht werden müssen, wollen wir global dauerhaft den Frieden sichern. Dafür bedarf es internationaler Kooperation.

Energiesicherheit gibt es nicht unilateral sondern nur multilateral.

Noch nie waren **funktionierende internationale Organisationen** und **internationale Kooperation** so notwendig wie heute. Im UN-System, bei der WTO, der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds. Diese Organisationen können nicht besser sein, als ihre zentralen Akteure zulassen. Dazu zählen die USA und die EU aber auch Schwellenländer, allen voran China und Indien.

Ohne Energie keine Entwicklung

Eine nachhaltige, sichere und wirtschaftliche Versorgung mit Energie ist essenziell für jede Volkswirtschaft. Ohne eine sichere, bezahlbare Energieversorgung sind **Wohlstand, Gesundheit und Mobilität undenkbar**. Das gilt für jede Gesellschaft.

Die Zeit des billigen Öls ist endgültig vorbei. Der Rückgang der Vorräte und der Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe sowie die steigende weltweite Nachfrage rücken die Frage des Zugangs zu Energie für die internationale Staatengemeinschaft immer mehr in den Fokus. Von „*Energieaußenpolitik*“ (Bundesaußenminister *Frank Steinmeier*) und „*Energiesicherheitspolitik*“ ist die Rede. Die Energiesicherheit wird die

globale Sicherheitsagenda des 21. Jahrhunderts stark bestimmen mit Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen.

Die Fragen, die damit verbunden sind, sind folgende:

- ↪ Geraten wir global in eine **Phase verstärkter Kooperation oder in eine Phase der Konfrontation** im Kontext von Energie- und Rohstoffpolitik?
- ↪ Wie können Länder, die noch **keinen ausreichenden Zugang** zu nachhaltigen Energiesystemen haben, **diesen erlangen**?
- ↪ Welche **Rolle könnten Deutschland, die EU und idealtypisch die USA** spielen, um einen kooperativen Weg zu beschreiten?

Energiesicherheit wird es nur geben, wenn wir eine kontradiktorische Herausforderung bewältigen.

Wir müssen die wachsende Nachfrage nach Energie bei Verringerung der Klimabelastung und Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung mit einem besseren Zugang für die ärmsten Menschen verbinden.

Dem stellen sich heute eine Reihe von Schwierigkeiten in den Weg. Und der hohe Preis ist nur eine davon.

Regionale Konzentration und neue Monopole

Auch die heutige Verteilung fossiler Ressourcen muss beunruhigen. Die **starke Konzentration der Öl- und Gasvorkommen** auf eine relativ **begrenzte Region** wird zunehmend zum Problem.

Wurden bis in die fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts zwei Drittel des Erdöls in den USA und den nördlichen Industrieländern gefördert, hat sich dieses Muster grundlegend und unumkehrbar verändert. **Bis 2025 werden zwischen zwei Drittel und drei Viertel (je nach Schätzung) des Erdöls aus den Ländern des Südens und Russlands kommen.**

Daraus ergeben sich erhebliche geopolitische Probleme.³ Die potenzielle Erpressbarkeit von Verbraucherstaaten steigt. Energie kann als Druckmittel eingesetzt werden. **Die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Importländer sinkt.**

Doch, Sorgen macht nicht nur die regionale Verteilung endlicher Ressourcen. US-Senator *Richard Lugar* (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats) spricht davon, dass die **Gesetze der Marktwirtschaft im Bereich von Öl und Gas keine Gültigkeit mehr haben.** 77 Prozent aller bekannten Rohstoffvorkommen, so seine Schätzung, werden nicht privatwirtschaftlich, sondern praktisch von Regierungen, staatlichen oder staatsnahen Unternehmen kontrolliert.

Man mag über die Verfasstheit von Energiemärkten im Detail unterschiedlicher Ansicht sein. Gleichwohl wird man einräumen müssen, dass es kaum einen anderen Güter- oder Dienstleistungsmarkt gibt (mit Ausnahme von Rüstungsgütern), der so stark von staatlicher Flankierung und Einflussnahme abhängt.

Genauer gesagt treffen zwei Vorstellungen aufeinander:

³ Iran, Irak, Saudi-Arabien, Kuwait, Emirate, Algerien, Libyen, Nigeria, Angola, Kolumbien, Venezuela, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Russland

- ↳ Ein Modell – ich nenne es einmal „westlich“ - das die **Liberalisierung von Rohstoffmärkten** anstrebt. Es geht dabei idealtypisch um den Abbau von Barrieren und die Förderung von Direktinvestitionen in diesem Bereich unter möglichst lukrativen Bedingungen.
- ↳ Und ein (Gegen-)Modell in energiereichen Schwellenländern, die souverän die nationalen Energieressourcen im Rahmen eines **staatlichen und politisch gelenkten Prozesses** einzusetzen suchen. In diesem Modell entscheiden die Energieressourcen über den (Macht-) Status in der Welt. (So das Selbstverständnis der *Energiegroßmächte* Russland, Iran, Venezuela).

Die Nicht-Öl-exportierende **Entwicklungsländer** sind übrigens – aller Rhetorik aus Venezuela zum Trotz – die Hauptleidtragenden der Höhe des Ölpreises, des fehlende Zugang zu angepassten Energiesystemen und regionaler Staatsmonopole.

Die Wirkung von Entschuldung, von Programmen der Entwicklungsfinanzierung, von Handelsgewinnen, wird durch die gestiegenen Ölrechnungen zunichte gemacht.

Zuwachs in Entwicklungs- und Schwellenländern

Meist wird die jüngste Entwicklung vor allem mit der gestiegenen Nachfrage in Schwellenländern wie China und Indien in Zusammenhang gebracht. Das verkennt die **Grundbelastung**, die auf die sehr endlichen Ressourcen liegt.

- ↳ Auf die **Industrieländer** (OECD), in denen rund **15% der Weltbevölkerung** leben, entfallen rund **56% des Erdölverbrauchs**, circa **60% des Erdgasverbrauchs** und circa **50% des Verbrauchs anderer beschränkter Ressourcen**.
- ↳ Allein die **USA**, in denen **weniger als 4% der Weltbevölkerung** lebt, sind für **gut 20% der weltweiten CO2-Emissionen verantwortlich**.

Angesichts dessen, ebenso wie angesichts des aktuellen Verbrauchs in Europa, ist es sinnvoll, an den auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 festgehaltenen Grundsatz der ***gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung***⁴ für eine nachhaltige Entwicklung zu erinnern.

Die Nachfrage nach Energie der Industriestaaten muss reduziert werden.

Dessen ungeachtet aber werden **Chinas und Indiens Suche** nach langfristigen, sicheren Erdöl- und in geringerem Maße Erdgaslieferungen **globale Veränderungen nach sich ziehen**.

Der Anteil Chinas an der **Nachfrage nach wichtigen Basismetallen liegt bei rund 20-25%** (wenn auch mit jährlichen Schwankungen). 2005 war China die **drittgrößte Handelsnation** der Welt.

Sein Wirtschaftswachstum ist notwendigerweise mit **einem rapide steigenden Energieverbrauch** verbunden. Musste **China** 1995

⁴ ÜBERSETZUNG: common but differentiated responsibility

lediglich 7,6% seines Öls importieren, waren es zehn Jahre später bereits 42%. Für das Jahr **2020** wird damit gerechnet, dass rund **60% seines Bedarfs importiert** werden muss.

Der westliche Diskurs (in der EU und den USA) über die Zusammenarbeit mit China im Wirtschaftsbereich bewegt sich zwischen den Chiffren „*China als Bedrohung*“ und „*China als Chance*“. In der Energiepolitik dominiert China gegenüber in Europa das Bedrohungsgefühl.

China pflegt hierauf maliziös zu antworten. Wohin denn die Güter gingen, für deren Produktion in China Energie verbraucht würde? Diese würde zum allergrößten Teil exportiert. In der Tat:

Ein Teil der explodierenden Nachfrage Chinas nach Energie ist Folge der Verlagerung von Industrieproduktion aus Europa und den USA nach China – der Konsum aber findet hier statt.

Ernster ist der Vorwurf an China, in Afrika oder im Nahen und Mittleren Osten mit Staaten zu kooperieren, denen schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. **China unterstützt** durch Waffenverkäufe **autoritäre Systeme** und **unterläuft** durch seine bilaterale Politik der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ **alle Versuche, demokratische Rahmenbedingungen zu verbessern.**

Allerdings fallen solche Vorwürfe auf die Ankläger – seien es die USA oder Europa - zurück, wenn sie zur Rohstoffabsicherung die Kooperation mit repressiven oder autoritären Staaten (z.B. Erdgas aus Turkmenistan, Erdöl aus Äquatorialguinea) betreiben.

USA und Europa – Gemeinsame Interessen nutzen

Ich bin der Ansicht, dass die EU und die USA sich von **gemeinsamen Interessen leiten lassen könnten**. Diese sind zu identifizieren, und zwar bezogen auf die Klima-, Energie- und Rohstoffpolitik – ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen zum Kyoto-Protokoll.

Ob die aktuelle amerikanische Administration den Handlungsspielraum hat, hierbei eine positive Rolle zu spielen, ist offen. Gerade auch im Vorfeld der Wahlen vom November, welche die Mehrheit in Senat und Abgeordnetenhaus kippen könnten.

Gleichwohl habe ich bei meinen diesjährigen Besuchen eine andere Perzeption der Energie- und auch der Klimadebatte in den USA erlebt. Während zu meiner Zeit als Umweltminister das vornehmste Ziel der USA darin bestand, internationale Abkommen wie das Kioto-Protokoll zu sabotieren, scheint nun selbst im Weißen Haus über tatsächliche Schritte gegen die globale Erwärmung und weg vom Öl nachgedacht zu werden.

Der amerikanische Diskurs hat sich innerhalb eines Jahres verändert.

Hier muss man verschiedene Faktoren erwähnen.

In den USA hat sich im vergangenen Jahr, nach dem Anstieg der Ölpreise, nach dem New Orleans von *Kathrina* verwüstet wurde hier sehr viel getan.

↳ Umweltpolitische Grassroots-Bewegungen, aber auch der **umweltpolitische Diskurs von Kirchen** („*Rettung der Schöpfung*“) gewinnt an Fahrt.

- ↳ Nunmehr **14 US-Bundesstaaten** haben **Klimainitiativen** auf den Weg gebracht. Vor allem Kalifornien wird durch Standardsetzung zur Luftreinhaltung entscheidend zur Förderung neuer Technologie beitragen.
- ↳ Vor allem aber: Die **Preise an der Zapfsäule** haben eine Dynamik bekommen, die für jeden Wahlkämpfer gefährlich sein kann.

Nun kann man einwenden, dies sei wenig Neues. Dabei würden jedoch zwei Dinge unterschätzt: Zum einen die **Intensität und Vielfältigkeit der beschriebenen Entwicklungen** und zum anderen das **Auftreten auch konservativer Akteure**, denen die aktuelle Energiepolitik gefährlich für die amerikanische Sicherheit erscheint.

Vereinfacht ausgedrückt, könnte man die letzte Gruppe als ***Sicherheitsfalken*** beschreiben.

Dabei handelt es sich vor allem um Republikaner, die eine **Abhängigkeit von instabilen Regionen als großes Problem betrachten**. Diese sind aus sicherheitspolitischen Gründen besorgt über die (potenzielle) Zunahme von militärischen Auseinandersetzungen im Kontext der Rohstoffsicherung. Sie wissen um die Unpopularität lange anhaltender Kriegseinsätze, mit ungewissem Ausgang. Es bedarf einer **systematischen Kooperation mit den Schwellenländern in Energiefragen**.

Wir müssen dafür transatlantische Kooperationsfelder identifizieren.

Noch wird man nicht von einem gemeinsamen, transatlantischen Ansatz zur Sicherung von Energieressourcen sprechen können. Auch wenn Deutschland zur EU-Präsidentschaft einen *Energieaktionsplan* vorlegen will:

Aktuell muss man zur Kenntnis nehmen, dass eine europäische Energiestrategie bestenfalls in Ansätzen existiert.

Gleichwohl lassen sich Felder identifizieren, auf denen transatlantisch zusammengearbeitet werden könnte.

1. Dem Klimawandel begegnen

Wir sollten gemeinsam mit den USA sehr ernsthaft über Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel diskutieren. Versäumnisse, hier entschieden gegenzusteuern, hätten enorme Kosten bis hin zum Auftreten neuer Sicherheitsfragen in der Zukunft zu Folge.

Umweltflüchtlinge wie in Darfour oder Nordkenia, eine zunehmende Verstädterung sowie die dramatische Gefährdung küstennaher Gebiet.

Dabei müssen zwei Dinge klar sein.

- ↳ Wir müssen in einer Post-Kioto-Phase die **Schwellenländer** dazu bringen, ihre CO₂-Emissionen **zu reduzieren**. (China wird, bezogen auf seine CO₂-Bilanz, die USA in absehbarer Zeit überholen)

↳ Dieses wird jedoch nur gelingen, wenn sich die **USA ihrerseits zu verbindlichen CO2- Minderungen verpflichten**, unter welchem „label“ auch immer, und sei es zunächst mit dem Versprechen, seine **Treibhausgasemissionen einzufrieren**.

Bei aller Notwendigkeit globaler Zielvereinbarungen zeigt sich hierbei die **Bedeutung von Vorreitern**. Für Deutschland und die EU heißt das, auf die Fortschreibung klarer mittel- und langfristiger Zielvorgaben bei erneuerbaren Energien zu setzen und ehrgeizigere Reduktionsziele bei Kohlendioxid-Emissionen anzustreben.

Die EU muss sich das Ziel setzen, bis 2020 ein Drittel seiner Treibhausgase von 1990 einzusparen.

Einzelne US-Bundesstaaten werden diesem Trend folgen. Die nächste US-Regierung wohlmöglich auch.

Gleichzeitig wären von den **USA und der EU Initiativen** zu erwarten, die Konsumenten und Unternehmen Anreize setzen, sich klimafreundlicher zu verhalten. Zum Beispiel bei der **Setzung von Grenzwerten und Produktstandards** (Verbrauch, Abgaswerte) für Autos und andere Konsumgüter mit massiv geringerem Energieverbrauch. Auf Grund weltweiter Produktionsketten hätte dies ebenfalls Auswirkungen auf die Produktion in anderen Teilen der Welt.

Gerade beim **Treibstoffverbrauch** gibt es für beide Seiten einen **erheblichen Nachholbedarf**. Zwar liegen die Durchschnittsverbräuche in der EU weit unter den der USA – aber es sind deutsche und US-amerikanische Autofirmen die gemeinsam gegen die neuen kalifornischen CO2-Standards klagen. Diese sollen sicherstellen, dass in

elf Jahren die Autos in den USA den heute schon in China geltenden Verbrauchstandards entsprechen. Absurd.

Diese Klage sollte zurück genommen werden.

Stattdessen wäre es einer transatlantischen Anstrengung wert, den Vorsprung der japanischen Autoindustrie in der **Hybridtechnologie** einzuholen. Dass man solche Technologieführerschaft überwinden kann, hat in den vergangenen Jahren die deutsche Photovoltaikindustrie bewiesen.

2. Quantensprung bei nicht-fossilen Technologien organisieren⁵

Als weltweit wirtschaftlich am stärksten integrierte Räume sollten die EU und die USA auf allen möglichen Feldern die Kooperation ausbauen, um *Weg vom Öl* zu kommen und den Einsatz von Kohle und Gas zu reduzieren. So ist es in der gemeinsamen Vereinbarung zwischen Deutschland und den USA zur energiepolitischen Zusammenarbeit vorgezeichnet.

Für eine langfristige globale Energiesicherheit spielt der **massive Ausbau erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und ein verstärktes Energiesparen** die entscheidenden Rollen. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- ↳ Entwicklung neuer Technologie zur Nutzung von **Biotreibstoffen**
– von Biogas bis zum zellularen Bioethanol

⁵ ÜBERSETZUNG: post carbon technologies

- ↳ Ausbau und Nutzung **solarthermischer Kraftwerkstechnologie** für das Deutschland die Technik und die USA das Klima haben
- ↳ Schließen der US-Technologielücke bei der **Windstromerzeugung**, die aufgrund der Einstellung der Förderprogramme noch unter der Reagan-Administration entstanden ist
- ↳ Zusammenarbeit in der Entwicklung von **CO2-freien Kohlenkraftwerken** inklusive CO2-Speicherung, die gerade mit Blick auf die Energiebedürfnisse der Schwellenländer unverzichtbar aber noch nicht marktfähig ist
- ↳ Und schließlich: Entwicklung **neuer Speichertechnologie** gerade im Bereich der Anwendung erneuerbarer Energien

Exkurs zur „Renaissance der Atomkraft“

Im Zusammenhang mit einer Strategie *Weg vom Öl* ist dann gerne von einer *Renaissance der Atomkraft* die Rede. Gelegentlich wird Atomkraft gar mit den Worten *new* oder gar *clean energy* in einen Topf mit den Erneuerbaren geworfen.

Die **Atomkraft** bietet **keine Lösung** unserer Energieprobleme, sondern schafft nur neue unkalkulierbare Risiken. **Atomkraft ist weder sauber noch erneuerbar.**

- ↳ In keinem AKW ist die Gefahr eines Super-Gaus durch **Kernschmelze** ausgeschlossen.

↳ Die **Entsorgungsfrage** für den strahlenden Atommüll ist seit über fünfzig Jahren **ungelöst** – das haben *Gorleben* und *Yucca Mountains* gemein.

↳ Uran selbst ist eine **Ressource mit begrenzter Verfügbarkeit**.

Die Nuklearenergie wird auch zukünftig keinen relevanten Beitrag zur Sicherung des Energiebedarfs leisten. Allein um zehn Prozent des Stroms aus Kohle, Öl und Gas zu ersetzen, müssten **weltweit über 1000 Reaktoren gebaut werden**.

Aber auch ökonomisch ist diese Option nicht überzeugend.

↳ In den **USA** wurde seit den siebziger Jahren **kein neues Atomkraftwerk** mehr in Auftrag gegeben.

↳ In der EU ein einziges – in Finnland. Doch: In Europa wird heute **absolut weniger Atomstrom produziert** also vor 10 Jahren. Sein Anteil an der Gesamtstromerzeugung sinkt – auch wegen des Zuwachses im Erneuerbaren Bereich.

↳ In China befinden sich 2 AKWs in Bau, bis sie und ein mögliches drittes in 2010 ans Netz gehen, wird China das Dreissigfache an Erneuerbarer Energie an Netz gebracht haben. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte lautet, wöchentlich geht ein 1000 MW Kohlekraftwerk ans Netz.

Atomkraft ist nicht wettbewerbsfähig. Wurde irgendwo auf der Welt auch nur ein Atomkraftwerk rein privatwirtschaftlich gebaut, ohne massive finanzielle staatliche Unterstützung?

Hinzu kommt die Gefahr der **Proliferation**. Staaten wie, Indien, Pakistan, Israel und nunmehr Nord-Korea ist es gelungen, den Atomwaffensperrvertrag)⁶ und die nuklearen Kontrollregime zu umgehen und Atomwaffen herzustellen. Potenziell verfügen weitere Staaten über die Voraussetzungen, in relativ kurzer Zeit Kernwaffen zu bauen. Nach dem jüngsten „Erfolg“ Nordkoreas ist damit zu rechnen, dass einige Staaten verstärkte Anstrengungen unternehmen, zur Gruppe der Atomstaaten aufzuschließen (Saudi-Arabien, Ägypten, Iran).

Gerade aus sicherheitspolitischen Gründen ist ein weiterer Ausbau der Atomenergie abzulehnen.

3. Multilateral Energiesicherheit schaffen

Da global die Befürchtungen zugenommen haben, dass zukünftig kein angemessener Zugang zu Energie zu berechenbaren Konditionen und Preisen bestehen wird, sollten die USA und die EU sich gemeinsam für **globale Regeln** für einen fairen Zugang zu Energie einsetzen. Während Global Governance-Bemühungen im Bereich von Handel und Klima nicht wegzudenken sind, bleiben Bemühungen auf dem Feld einer internationalen Energiepolitik rudimentär.

Ich bin der Meinung, dass die **G8-Staaten** bislang die Gelegenheit verpasst haben, Schritte zu vereinbaren, die die Abhängigkeit von Öl und anderen fossilen Energieträgern voranbringen. **Deutschland sollte seine G8-Präsidentschaft nutzen, um hier neue Akzente zu**

⁶ ÜBERSETZUNG NPT – non proliferation treaty

setzen. Sie sollte zum Ausgangspunkt eines **systematischen, institutionalisierten Dialogs mit Schwellenländern** über nachhaltige Energiesysteme werden.

So wird von einigen Seiten angeregt, eine wirklich **globale Energieorganisation** zu initiieren, an der auch China, Indien und andere Länder beteiligt sein sollten. An der Regierungen, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind. Eine solche globale Agentur solle sich, so die Idee, auf verbindliche Grundsätze bezogen auf Angebot und Zugang zu Energie einigen. Ob dafür die *Internationale Energie Agentur* eine Antwort sein könnte wäre ein Diskussion zwischen Europa und den USA wert.

Zwiespältig ist der Vorschlag, bestehende **WTO**-Abkommen auf den Energiesektor anzuwenden. Was dies für die Streitschlichtung und die Funktionsfähigkeit der Organisation bedeutet, ist schwer zu sagen. Abgesehen davon, dass wichtige Staaten wie Russland oder der Iran noch nicht Mitglied der WTO sind.

Fazit

Deutschland, die EU und unsere amerikanischen Freunde sind gut beraten mehr zu tun, als den Status quo aufrecht erhalten zu wollen.

Die Interessenlage an einer langfristigen Energiesicherheit führt völlig gegensätzliche Politiken, führt deutsche Grüne wie US-Republikaner zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Denn: Voraussetzung für eine Strategie weg vom Öl, sind drei **Es**.

↳ **Erneuerbare Energien**

↳ **Energieeinsparung**

↳ **Energieeffizienz**

Bei Erneuerbaren, Energieeffizienz und Energieeinsparung können Klimaschützer und Sicherheitsfalken diesseits und jenseits des Atlantiks zusammen kommen. Sie sollten es ernsthaft angehen.